

MEDIENINFORMATION

SPERRFRIST: Freitag, 18. September 2026, 9.00 Uhr

Projektorganisation für das eGov-Portal wird neu ausgerichtet

Die Kantone Nidwalden und Obwalden und die Gemeinden entwickeln die Projektorganisation für das gemeinsame eGov-Portal weiter. Eine interne Überprüfung hat gezeigt, dass Anforderungen präzisiert und die organisatorische Umsetzung in den Verwaltungen stärker berücksichtigt werden müssen. Die laufenden Arbeiten am Portal werden daher sistiert. Mit externer Unterstützung wird eine umfassende Auslegeordnung vorgenommen. Am Ziel eines gemeinsamen Portals wird unverändert festgehalten.

Die Kantonsparlamente von Nidwalden und Obwalden haben im Jahr 2025 die erforderlichen Kredite für die Umsetzung des eGov-Portals bewilligt. Gemeinsam mit den Gemeinden starteten die beiden Kantone anschliessend die Umsetzung. Ziel war es, das Portal in der zweiten Hälfte des Jahres 2026 in Betrieb zu nehmen und der Bevölkerung sowie den Unternehmen einen zentralen Zugang zu digitalen Verwaltungsdienstleistungen bereitzustellen.

Im Projektverlauf hat sich gezeigt, dass die Einführung des Portals weit über die technische Umsetzung hinausgeht und die Komplexität des Vorhabens unterschätzt wurde. Verschiedene Aspekte wurden in der ursprünglichen Planung nicht im notwendigen Umfang berücksichtigt. Dies betrifft insbesondere Auswirkungen auf Prozesse und Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltungen. Auch bestehen teilweise unterschiedliche Vorstellungen über den Projektumfang bzw. die konkrete Projektumsetzung.

Die Projektsteuerung, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Kantone, der Gemeinden und des InformatikLeistungsZentrum Obwalden/Nidwalden (ILZ), das als IT-Dienstleister der Verwaltungen die zentralen Informatiksysteme betreibt, nimmt diese Erkenntnis zum Anlass, das Vorhaben auf eine klarere Grundlage zu stellen. Mit Unterstützung einer externen Fachperson soll eine Auslegeordnung erfolgen, um Projekthandbuch, Abläufe und Zielsetzungen zu schärfen und einen realistischen Zeit- und Finanzierungsplan für die weiteren Phasen der Umsetzung zu erarbeiten. Die Suche nach einer geeigneten Fachperson ist angelaufen. «Ein gemeinsames digitales Portal ist ein bedeutendes Vorhaben mit einem langfristigen Nutzen für

Bevölkerung und Unternehmen. Deshalb ist es richtig, jetzt innezuhalten, die Projektorganisation zu prüfen, offene Punkte zu klären und das Projekt so aufzustellen, dass es anschliessend mit klaren Zielen und Zuständigkeiten weitergeführt werden kann», so die Vorsteherin des Finanzdepartements Obwalden, Cornelia Kaufmann-Hurschler.

Die Ergebnisse werden Grundlage für die weitere Umsetzung sowie die Berichterstattung an die Kantonsparlamente und die Gemeinderäte bilden. Ob ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf besteht, kann erst nach Abschluss der Auslegeordnung verlässlich beurteilt werden. Trifft dieser Fall ein, würde dem Kantonsrat in Obwalden respektive dem Landrat in Nidwalden ein zusätzlicher Verpflichtungskredit unterbreitet.

Für die Arbeit der externen Fachperson selbst wird mit einem fünfstelligen Betrag im höheren Bereich gerechnet, der hälftig von den beiden Kantonen getragen wird. Es handelt sich aber um eine Schätzung, die Suche nach der Fachperson läuft aktuell.

Bis die Ergebnisse der Analyse vorliegen, werden die Arbeiten an der technischen Umsetzung weitgehend sistiert. Anschliessend soll das Vorhaben auf dem Fundament eines überarbeiteten Projektplans strukturiert weitergeführt werden. Der ursprünglich vorgesehene Einführungstermin des eGov-Portals noch vor Ende 2026 kann nicht eingehalten werden. Der Zeitpunkt der Inbetriebnahme ist derzeit offen. Erst nach der Auslegeordnung und dem Entscheid über die künftige Projektorganisation kann ein neuer Zeitplan verabschiedet werden. «Mit dem Zwischenhalt übernehmen die Kantone und Gemeinden Verantwortung und ziehen die Lehren aus den bisherigen Erkenntnissen. Entscheidend ist nicht, möglichst rasch zu einem Abschluss zu kommen, sondern ein Portal zu schaffen, das zukunftsgerichtet ist und den erwarteten Nutzen bringt», hält Michèle Blöchliger, Finanzdirektorin von Nidwalden, fest.

Die beiden Kantone und die Gemeinden stehen weiterhin hinter dem gemeinsamen Vorhaben und arbeiten konstruktiv zusammen. Mit den nun eingeleiteten Schritten werden die Voraussetzungen geschaffen, das Projekt erfolgreich voranzubringen und schliesslich der Bevölkerung und den Unternehmen künftig eine benutzerfreundliche und stabile Plattform für digitale Verwaltungsdienstleistungen zu bieten.

RÜCKFRAGEN

Michèle Blöchliger, Finanzdirektorin Nidwalden, Telefon +41 79 424 64 47, erreichbar am Freitag, 18. September, von 14.00 bis 15.00 Uhr.

Cornelia Kaufmann-Hurschler, Vorsteherin Finanzdepartement Obwalden, Telefon +41 41 666 62 57, erreichbar am Freitag, 18. September, von 11.00 bis 12.00 Uhr.

Stans/Sarnen, 18. September